

Anlage 1

Neues beginnt jetzt

Göttingens Zukunft gemeinsam gestalten

Vereinbarung über ein Haushaltsbündnis

im Rat der Stadt Göttingen

in der Ratsperiode 2021 bis 2026

zwischen

SPD, CDU und FDP

Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	3
Solide Finanzen für eine starke Zukunft	5
Klima- und Umweltschutz	5
Bürgerfreundlichkeit und Digitalisierung	7
Digitalisierung und Smart-City für ein bürgerfreundliches Göttingen	7
Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung in Göttingen	8
Bürgerinnen- und bürgerfreundliche Öffnungszeiten	9
Verwaltungsintern	9
Bildung – von der KiTa bis zur Schule	9
Beschleunigung beim Ausbau von KiTa-Plätzen	9
Medienentwicklungsplan	10
Schulsanierungen	10
Schulentwicklung	10
Außerschulische Bildungsangebote	11
Mehr Wohnraum für Göttingen	12
Ein soziales Göttingen	13
Mobilität	13
Nachhaltiges Bauen und eine Stadtplanung für die Zukunft	15
Erhalt und Stärkung der Kultur	16
Sport, Freizeit und Erholung in Göttingen	17
Vernetzung zwischen Stadt, Wissenschaft und Wirtschaft.....	17
Göttingen als eigenständiges und starkes Oberzentrum.....	18
Personalentwicklung (für das interne Papier)	18

Präambel

Wir, die dieses Bündnis tragenden Fraktionen, sind der Überzeugung, dass Göttingen für die 2020er einen echten Aufbruch braucht. Es braucht ein zukunftsgewandtes Göttingen, das mutig vorangeht und die ökologischen und ökonomischen Fragen der nächsten Generationen anpackt.

Es braucht ein gerechtes Göttingen, das entschieden soziale Ungleichgewichte angeht, die Schwachen in der Gesellschaft schützt und unterstützt, jedem und jeder die Freiheit zur Selbstverwirklichung garantiert und ein sicheres Zusammenleben in unserer bunten, vielfältigen und weltoffenen Stadt ermöglicht.

Es braucht ein Göttingen, das nah an den Einwohnenden, völlig gleich ob jung oder alt, und ihren Bedürfnissen ist. Es braucht die beste Bildung von der KiTa bis zur Hochschule, eine starke Wirtschaft, Vielfalt in der Kulturlandschaft, einen digitalen Bürgerinnen- und Bürgerservice, der wirklich für die Menschen da ist, und noch vieles mehr.

Wir - SPD, CDU und FDP - wollen ein Göttingen, dass nachhaltig für die Zukunft und ihre Fragen gerüstet ist. Mit dieser Bündnisvereinbarung wollen wir den Grundstein für ein Göttingen legen, das aufgeschlossen, weltoffen und mutig in die Zukunft gehen kann. Mit neuer Energie und einer Vision schaffen wir ein Göttingen für alle!

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Wir stehen für ein wegweisendes Zukunftsinvestitionsprogramm mit einer soliden Finanzierung. Nahezu eine Milliarde Euro sind dafür in den kommenden Jahren zu bewegen, um vor allem Schulen, Kulturstätten und Bauprojekte im öffentlichen Raum anzugehen.
- Eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Stadt kann es nicht ohne konsequenten Klimaschutz geben. Wir unterstützen entschieden den „Klimaschutzplan 2030“ der Stadt Göttingen und werden uns mit eigenen Initiativen aktiv in die Klimaschutzpolitik einbringen.
- Soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten heißt auch, Innovationen und Wirtschaft in unserer Stadt zu fördern. Durch Investitionen, Impulse, neue Ideen und durch eine attraktive Infrastruktur wollen wir Göttingen als Innovations- und Wirtschaftsstandort fördern und ausbauen.
- Wir werden dringende Sanierungsvorhaben entschieden angehen und vorantreiben. Dabei stehen die Schulen auf Platz 1, um den Göttinger Schülerinnen und Schülern die beste Bildung zu gewährleisten. Auch Institutionen wie das Deutsche Theater und

das Städtische Museum sind als zentrale Stätten der Kultur und Begegnung weit oben auf unserer Prioritätenliste.

- Der angespannte Wohnungsmarkt in unserer Stadt verpflichtet uns zur Schaffung von weiterem Wohnraum. Göttingen muss für untere Einkommensklassen weiterhin bezahlbar und attraktiv bleiben.
- Die Innenstadt ist das Herz Göttingens. Wir wollen die Aufenthaltsqualität durch die Reduktion des Verkehrs weiter erhöhen sowie die Erreichbarkeit durch den Erhalt ausreichender Parkmöglichkeiten gewährleisten.
- Ein gut ausgebauter und eng getakteter Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist für die Stadt Göttingen, ihre Einwohnenden und vor allem für den Klimaschutz und die Verkehrswende von zentraler Bedeutung. Mit der Sanierung des Busbetriebshofs am jetzigen Standort werden wir den Grundstein für einen starken und leistungsfähigen ÖPNV in Göttingen legen.
- Göttingen wird eine Smart City, die durch die Verknüpfung von Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft geprägt ist. Deshalb wollen wir die Verwaltung digitaler und bürgerfreundlicher machen. Wir wollen die Dienstleistungen und Daten der städtischen Betriebe und öffentlichen Einrichtungen in Kooperation mit den wissenschaftlichen Organisationen und regionalen Unternehmen zu innovativen und digitalen Services verbinden und weiterentwickeln. Damit wird der Alltag der Menschen in unserer Stadt erleichtert und bereichert.

Wir - SPD, CDU und FDP - verpflichten uns zu einer Politik der Innovationen, des Klimaschutzes, der Nachhaltigkeit und der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen Partizipationsmöglichkeiten für die Menschen unserer Stadt eröffnen und Freiheiten geben, statt Hürden und Barrieren zu schaffen.

Solide Finanzen für eine starke Zukunft

Investitionen in die Zukunft müssen auf ein solides Fundament gestellt werden. Durch ausgeglichene Ergebnishaushalte wollen wir uns Freiräume bei Investitionsmöglichkeiten schaffen. Mit einer Finanzpolitik nach Augenmaß erhalten wir uns finanzielle Handlungsspielräume.

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Eine solide Haushaltsplanung, die Schulden in Grenzen hält und langfristig das Zukunftsinvestitionsprogramm absichert, ist zentraler Bestandteil für eine nachhaltige Zukunftsplanung. Daher wird eine zeitnahe Rückkehr zum Schuldendeckel angestrebt, denn sie garantiert auch den nachfolgenden Generationen Investitionsmöglichkeiten.
- Eine fortlaufende Prozessoptimierung soll neue Möglichkeiten für Investitionen aufzeigen. Mittels einer Aufgabenkritik soll geprüft werden, welche Personalressourcen aktiviert werden können. Diese Aufgabenkritik soll nach Kriterien, die vom Rat der Stadt Göttingen festgelegt werden, arbeiten und bis 2024 extern vergeben werden.
- Investitionen in die Schulinfrastruktur sollen bedarfsgerecht und zügig umgesetzt werden.
- Die Aufstellung und Umsetzung eines langfristigen Sanierungsplanes für öffentliche Einrichtungen und Infrastruktur, zum Beispiel für das Deutsche Theater und das Städtische Museum, sollen eine Perspektive bei Großvorhaben geben.
- Durch die zwischen den Fraktionen vereinbarte Vorrangigkeit von Bauprojekten an Schulen sind andere Bauvorhaben möglicherweise nicht planerisch durch die Verwaltung umzusetzen und/oder zu finanzieren. Hierzu soll geprüft werden, Bauprojekte (z. B. Städtisches Museum, Deutsches Theater) aus dem Haushalt auszulagern und bei der GWG oder der Städtischen Wohnungsbau anzusiedeln. Damit können Finanzmittel außerhalb des städtischen Haushalts etatisiert und gebundene Personalkapazitäten in der Stadtverwaltung freigestellt werden. Dies ermöglicht es diese ausgelagerten Baumaßnahmen rascher umzusetzen und zugleich den finanziellen und planerischen Fokus auf KiTas und Schulen zu legen.

Klima- und Umweltschutz

Der Klimaschutz und der Schutz der Umwelt sind die größten Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Wir werden entschieden für einen effektiven und konsequenten Klima- und Umweltschutz eintreten und streben die Klimaneutralität Göttingens bis 2030 an. Bereits im Haushalt 2022 werden mehr als ein Viertel aller Investitionen in Maßnahmen in den Klimaschutz fließen. Der kommunale Klimaschutz soll aber zugleich in die Maßnahmen

und Finanzierungsprogramme von Bund und Land eingebettet werden. Bei der Umsetzung des „Klimaplan 2030“ sollen soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte berücksichtigt werden. Synergieeffekte, insbesondere bei der Verbindung von Digitalisierung und Nachhaltigkeit sollen aktiv genutzt werden.

Die Klimaschutzziele Göttingens müssen konsequent verfolgt und umgesetzt werden. Dies wird unter dem Aspekt der sozialen Verträglichkeit geschehen, ein Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft muss vermieden werden!

Den „Klimaplan 2030“, der von der Verwaltung fortlaufend in den kommenden Haushalten eingearbeitet wird, unterstützen wir im vollen Umfang. Zu einzelnen Maßnahmen können dabei kritische Betrachtungen erfolgen, der Grundsatz der zügigen Beschlussfassung und konsequenten Finanzierung bleibt jedoch gewahrt.

Klimaschutz bedarf wie kaum ein anderes Politikfeld der Unterstützung der Stadtgesellschaft und die Akzeptanz einer Mehrheit der Menschen. Die Rolle des Klimaschutzbeirates als Beratungsgremium für die Stadt und den Rat bei der Umsetzung des „Klimaplan 2030“ soll gestärkt und weiterentwickelt werden. Sowohl seine fachliche Expertise wie auch die durch den Beirat gegebene Repräsentation der Stadtgesellschaft sollen genutzt werden, um für mehr Transparenz und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Dafür sollen auch eigenständige Anhörungen des Klimaschutzbeirates stattfinden.

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Die Ziele und Maßnahmen des „Klimaplan 2030“ werden konsequent betrieben und verwirklicht. Der einstimmige Beschluss aus der Ratssitzung im Dezember 2021 zu diesem Thema wird umgesetzt.
- Für Bauflächen soll zuerst die Baulandbevorratung herangezogen werden. Zugleich gilt das Gebot des Vorranges der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung.
- Öffentliche Gebäude sollen Vorbilder des Klimaschutzes und der Energiewende sein. Darum wollen wir auf Dächern geeigneter Immobilien der Stadt Solaranlagen installieren.
- Für Agro-Photovoltaik werden kleinflächige Versuchsfelder ermöglicht. Ebenso sollen Experimentierräume für Biotop-Solarparks eröffnet werden.
- In Kooperation mit den Stadtwerken und mit benachbarten Gemeinden wird nach Flächen, im besten Fall entlang der Autobahn, für großflächige Freiflächenphotovoltaikanlagen und Windkraftanlagen gesucht.
- Geprüft werden soll die Einrichtung eines kommunalen Förderprogrammes für die dezentrale, carbonfreie Energieerzeugung und die Nutzung von Freiflächen für Photovoltaikanlagen.

- Die regionale Erzeugung erneuerbarer Energien soll durch interkommunale Kooperationen ermöglicht werden. Bestehende Windkraftanlagen im Stadtgebiet werden erhalten.
- Kleingartenflächen sind Oasen des Rückzugs und fördern die Luftreinheit und Biodiversität in der Stadt, deshalb werden sie von uns besonders geschützt.
- Entlang von Straßen und öffentlichen Plätzen soll ein deutlicher Ausbau des Stadtgrüns durch an den Klimawandel angepasste Bepflanzungen stattfinden.
- Im Rahmen der Ausweitung des Stadtgrüns werden 1000 Bäume im urbanen Raum bis Ende 2023 gepflanzt.

Bürgerfreundlichkeit und Digitalisierung

Digitalisierung und Smart-City für ein bürgerfreundliches Göttingen

Wir verstehen Digitalisierung als einen alle Bereiche durchdringenden Themenkomplex, der den Alltag der Einwohnenden mit innovativen Angeboten und neuen Möglichkeiten bereichern soll. Die Smart City Göttingen umfasst für uns sowohl die digitale Stadtverwaltung als auch das Bereitstellen von Offenen Daten um Transparenz und Innovationsmöglichkeiten zu schaffen.

Wir wollen geringere Wartezeiten, digitale Bürgerdienstleistungen ohne Papier, mehr Transparenz und den schnelleren Zugang zu nicht-personenbezogenen städtischen Daten für alle. So können Wissenschaftseinrichtungen, Unternehmen und Kreative Daten nutzen und Innovationen schaffen.

Ein zentrales Handlungsfeld der kommenden Jahre ist die Ertüchtigung der Verwaltung als moderne und bürgerfreundliche Dienstleisterin. Dazu müssen entsprechende Fortbildungen stattfinden, Strukturen angepasst, eine intensive Organisationsentwicklung eingeleitet und Weichenstellung für die Digitalisierung getroffen werden.

Auf dem Weg zu einem digitalen Göttingen wollen wir alle Menschen mitnehmen. Projekte zur „Hilfe zur Selbsthilfe“ sowie zur „Unterstützung und Beratung bei technischen Fragen“ werden von uns forciert und initiiert.

Durch Einrichtung eines Referats für Digitalisierung wollen wir von einer zentralen Stelle aus die Vorhaben angehen.

Wir wollen diesen Weg aktiv gehen und sind bereit, die finanzielle Mittel für diesen nachhaltigen Umbau der Verwaltung über den Haushalt zur Verfügung zu stellen.

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Es wird ein Referat für Digitalisierung und Smart-City in der Stadtverwaltung eingerichtet.
- Es wird ein Digitalisierungspaket geschnürt, in dem der für die Vorhaben benötigte Personalaufwand abgebildet wird.
- Die Smart City Strategie wird weiterverfolgt und umgesetzt. Dafür werden möglichst Fördermittel eingeworben
- Mit der Einführung einer „Bürger-App“, die ebenfalls als Webapplikation verfügbar sein wird, wollen wir eine zentrale Plattform für die Stadtgesellschaft schaffen, die digitale Dienstleistungen und Angebote der städtischen Einrichtungen leichter verfügbar macht.
- Ein „Technik- und Reparatur-Café“ soll auf Initiative und mit Unterstützung der Stadt eingerichtet werden. In diesem sollen ehrenamtliche „Expertinnen und Experten“ bei Fragen rund um Technik und Elektronik Bürgerinnen und Bürgern helfen. Neben Fragen zur Anwendungen sollen auch kleinere Reparaturen durchgeführt werden. Eine Angliederung an die Quartierszentren würde dieses Projekt direkt in der Nähe der Menschen ansiedeln.
- Die technischen Voraussetzungen für die Nutzung und Bereitstellung von nicht-personenbezogenen und nicht-geheimen Daten der Stadtverwaltung und der städtischen Betriebe als offene Daten (Open-Data) werden geschaffen. Im Hinblick auf die Smart City sind dabei die Echtzeiterfassung von öffentlichen Umwelt-, Verkehrs- und Betriebsdaten von besonderer Wichtigkeit. Dazu wird eine Open-Data-Plattform eingerichtet und fortlaufend weiterentwickelt.
- Perspektivisch wollen wir eine Open-Innovation-Plattform schaffen, die für Citizen-Science-Vorhaben und von regionalen Unternehmen für offene Innovations- und Produktentwicklungsverfahren verwendet werden kann.
- Die Cyber-Security der Stadtverwaltung wird bedarfsgemäß technisch und organisatorisch ausgebaut. Notfall- und Back-Up-Systeme werden genügend bereitgehalten.

Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung in Göttingen

Wir stehen für die Förderung einer partizipativen Stadtgesellschaft, auch durch mehr Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung.

Für die Entwicklung der Innenstadt und um die Qualität von Bauprojekten zu erhöhen, werden zunächst für die sensiblen Bereiche Bahnhofplatz Nord und das Grotefend-Areal Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligungen durchgeführt, um die betroffenen Akteurinnen und Akteure und

Interessengruppen einzubinden. Dies umfasst auch die Erprobung neuerer Beteiligungsmodelle und Formen. Dafür werden wir das notwendige Personal in der Stadtverwaltung bereitstellen.

Bürgerinnen- und bürgerfreundliche Öffnungszeiten

Bürgerinnen- und Bürgerfreundlichkeit einer Stadtverwaltung bedeutet mehr Kundinnen- und Kundenorientierung und rasche Erledigung der Anliegen der Menschen. Es bedeutet ebenso den vereinfachten Zugang zu Dienstleistungen der Stadt

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Die Öffnungszeiten des Recyclinghofs werden erweitert. Darüber hinaus wollen wir die Öffnung weiterer Standorte prüfen lassen.
- Darüber hinaus werden wir bedarfsgerechtere, bürgerfreundliche Öffnungszeiten des Neuen Rathauses umsetzen.

Verwaltungsintern

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Mittels einer Aufgabenkritik soll geprüft werden, welche Personalressourcen eventuell an dringenderer Stelle gebraucht werden. Diese Aufgabenkritik soll nach Kriterien, die vom Rat der Stadt Göttingen festgelegt werden, erfolgen und extern vergeben werden.

Bildung – Von der KiTa bis zur Schule

Beschleunigung beim Ausbau von KiTa-Plätzen

Der weitere und zügige Ausbau von KiTa-Plätzen ist dringend notwendig. Dabei soll die Stadt zukünftig selbst vermehrt auch wieder als Betreiberin von Einrichtungen auftreten. Zu bevorzugen sind hier Stadtteile, in denen es eine unterdurchschnittliche KiTa-Platzversorgung gibt. Dies gilt vor allem für Grone und die Weststadt, aber auch für die Ortsteile. Ab einer gewissen Betriebsgröße am Standort Göttingen sollen Unternehmen zur Schaffung einer Betriebs-KiTa angehalten und motiviert werden; eine Verpflichtung ist nur dann möglich, wenn es die rechtlichen Vorgaben in den nächsten Jahren zulassen. Die Kindertagesstättenbedarfsplanung wird methodisch verändert und eine Kita-Eingangsprüfung eingeführt.

Medienentwicklungsplan

Die Medienentwicklung an den Göttinger Schulen wollen wir vorantreiben. Dazu soll der städtische Medienentwicklungsplan zeitnah umgesetzt werden. Die dazu erforderlichen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.

Die Stadt unterstützt die Schulen bei der Systemadministration.

Schulsanierungen

Das Schulstättenentwicklungskonzept wird bezogen auf Notwendigkeiten und Zeitschienen überprüft und gegebenenfalls angepasst. Dabei werden die Priorisierungen nicht grundsätzlich neu verhandelt, es erfolgt aber unter Einbezug der Schulleitungen eine Aktualisierung. Dafür werden wir gemeinsame Gespräche führen, um für den Erhalt des guten Bildungsangebotes rechtzeitig die räumlichen Voraussetzungen durch nachhaltige Planungen zu schaffen um dabei auch auf die pädagogischen Konzepte der Schulen Rücksicht zu nehmen.

Auf der Grundlage dieser Gespräche werden die Maßnahmen des Konzeptes gemeinsam von den Fraktionen neu priorisiert und vereinbart. Zur Verstetigung dieser Priorisierung ist ein neuer Zeitplan zu erstellen, der dann in das ZIVP der Stadt Göttingen integriert wird.

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Die Sanierungen für das Hainberg-Gymnasium und die Geschwister-Scholl-Gesamtschule vor dem Hintergrund der sich aus den Machbarkeitsstudien ergebenden weiteren Feinplanungen werden vorangetrieben.
- Im Sinne nachhaltiger Planungen erhält der Erweiterungsanbau des Otto-Hahn-Gymnasiums ein viertes Stockwerk.
- Sukzessiv werden die Klassenräume aller Schulen, die nur unzureichend gelüftet werden können, mit mobilen Luftfilteranlagen ausgestattet. Bei Neubauten werden zentrale Luftfilteranlagen bei der Planung und beim Bau mitberücksichtigt.

Schulentwicklung

Durch eine Veränderung des Schulstättenentwicklungskonzeptes sollen ausreichend Räumlichkeiten und Standorte für die Schulen, die steigende Zahl von Schülerinnen und Schülern sowie Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt und die Bildung von Versorgungsklassen vermieden werden.

Das bedeutet:

- Die Bonifatiuschule I verbleibt in der Innenstadt und zieht in das Gebäude der Bonifatiuschule II in der Nikolaistraße.
- Vorbehaltlich der Entscheidung des Bistums Hildesheims und entsprechend der Vereinbarung zwischen Stadt und Bistum soll der geplante Erweiterungsbau an der Bonifatiuschule II als Ersatz für die an der Bonifatiuschule I in der Nikolaistraße abgegebenen Räumlichkeiten größer geplant werden.
- Das KAZ verbleibt in der Voigtschule.
- Die VHS verbleibt in der Käthe-Kollwitz-Schule.
- Das derzeitige Gebäude der Bonifatiuschule I könnte zum Verkauf angeboten werden, um notwendige Investitionsmittel zu schaffen.

Die Fraktionen erkennen den jetzigen Status der Bonifatiuschule II als eine Oberschule in Trägerschaft der Kirche mit einem Schwerpunkt in der beruflichen Orientierung an. Der Ausbau des berufsorientierten Angebots wird unterstützt und gewünscht.

Die mit dem Vertrag zwischen dem Bistum und der Stadt für alle städtischen Schülerinnen und Schüler erschlossenen Schulplätze an der Bonifatiuschule II sollen die Qualität des gesamten Schulsystems der Stadt stützen. Zukünftig sollen durch die so erreichte größere Zahl von Schulplätzen Versorgungsklassen an den Gesamtschulen vermieden werden.

Ein Erweiterungsbau wie im Vertrag mit dem Bistum vorgesehen, soll diese Entlastung in noch höherem Umfang gewährleisten. Der finanzielle Anteil der Stadt soll dabei um die Summe erhöht werden, die notwendig ist, um Ersatz für die Abgabe der Räumlichkeiten in der Nikolaistraße zu schaffen.

Zur besseren Justierung dieser beiden Funktionen (Berufsorientierung und Schulplätze) führen CDU, SPD und FDP ein Gespräch mit dem Bistum und der Schulleitung.

Außerschulische Bildungsangebote

Wir wollen allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, außerschulische Bildungsangebote in Anspruch nehmen zu können. Gerade im Bereich der Musikpädagogik, in der kostenintensive Materialien benötigt werden, wollen wir unterstützend eingreifen. Außerdem wollen wir, dass jedes Kind schwimmen lernt. Entsprechende Angebote werden wir unterstützen.

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Es wird ein Angebot zum Verleih von Musikinstrumenten für Kinder aus einkommensschwächeren Familien geschaffen.

Mehr Wohnraum für Göttingen

Es ist ein zentrales Anliegen der Fraktionen mehr Wohnraum für die Göttinger Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen – dazu gehört auch die Schaffung von mehr bezahlbarem und sozialem Wohnraum. In den letzten Jahren konnte schon die Planungsreife für über 2900 Wohnungen erzielt werden. Diese Politik soll auf der Grundlage einer konkreten Bedarfsermittlung verstetigt werden.

Nach erfolgter Bedarfsermittlung wird die Politik der Schaffung von ausreichendem Wohnraum, einer Stärkung des öffentlichen Wohnungsbaus und einer Neujustierung der sozialen Quoten weitergeführt. Nachhaltigkeitsaspekte müssen besonders berücksichtigt werden.

Unser Ziel ist es, dass Göttingen eine Stadt bleibt, die für alle Menschen attraktiv und bezahlbar ist. Junge Familien, Studierende, Seniorinnen und Senioren sollen in Göttingen ein bezahlbares Zuhause finden können.

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Prekären Wohnverhältnissen in sanierungsbedürftigen Immobilien wollen wir durch eine zügige Umsetzung der Strategie der Stadt Göttingen im Umgang mit prekären Wohnimmobilien begegnen. Dazu unterstützen wir die organisationsübergreifende Task-Force. Weiterhin wollen wir prüfen, wie die Mieterinnen und Mieter beim Durchsetzen von Mietminderungen unterstützt werden können.
- Die Fortschreibung der Wohnraumbedarfsprognose aus dem Jahr 2017 für das Jahr 2022 wird durch die Verwaltung, mit einer Evaluation der Ist-Situation durchgeführt, um den bisherigen Zeitplan für Bebauungspläne zu prüfen und ggf. neu zu justieren.
- Das kommunale Handlungskonzept für die Schaffung von bezahlbarem und sozialem Wohnraum wird fortgeschrieben und die Quoten werden flexibilisiert und individualisiert. Die Verbindlichkeit bleibt erhalten. Ziel ist dabei auch, ein Rausverhandeln aus der Quote zu vermeiden.
- In einem Ankaufprogramm wird der Marktanteil der Städtischen Wohnungsbau von sieben auf zehn Prozent erhöht. In Zukunft sollen öffentliche Baugesellschaften vorrangig mit städtischem Bauland ausgestattet werden. Vorrang hat die Städtische Wohnungsbau, es folgen im Bedarfsfall die Volksheimstätte und die Wohnungsgenossenschaft.
- In Neubaugebieten in den westlichen und östlichen Dörfern wird der Stellplatzschlüssel auf 1,0 heraufgesetzt, solange kein attraktiver ÖPNV vorhanden ist.
- Die Planungen für den Holtenser Berg werden unterstützt und dieser wird über eine zweite Zufahrt erschlossen.
- Für Bauflächen soll zuerst die Baulandbevorratung herangezogen werden. Zugleich gilt das Gebot des Vorranges der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung.

- Die Einführung einer digitalen Bauakte und die Beschleunigung von Prozessen für die Baugenehmigung auch unter Einbindung der Antragsstellenden werden umgesetzt.

Ein soziales Göttingen

Mit all den unterschiedlichen Vereinen, Institutionen und kulturellen Einrichtungen haben wir ein aktives soziales Netzwerk in Göttingen. Dies trägt zum engen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft bei und ist ein wichtiges Bindeglied zwischen den Menschen. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie hat sich die Bedeutung dieses sozialen Netzwerks gezeigt.

Wir wollen daher den Erhalt und die Stärkung der sozialen Infrastruktur. Vereine, Institutionen und kulturelle Einrichtungen in den Quartieren sollen unterstützt, gefördert und Rahmenbedingungen gegeben werden, damit sie ihre hochwertige Arbeit weiterhin in ihrer jetzigen Qualität ausüben können.

Eine der entscheidenden sozialen Fragen in Göttingen sehen wir in den prekären Wohnsituationen vieler Bürgerinnen und Bürger. Daher sehen wir zwingenden Handlungsbedarf, der aber in unseren Augen vor allem nur über ausreichend bezahlbaren Wohnraum gelöst werden kann.

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Ein einfacher Mietspiegel soll eingeführt werden.
- Mittelfristig wird eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet.
- Die Quartiere werden gestärkt.
- Die sozialen Einrichtungen in der Stadt werden erhalten.

Mobilität

Ein effektiver Klimaschutz und eine attraktive, lebendige und lebenswerte Stadt brauchen eine Mobilitätspolitik, die weitergedacht worden ist. Der Weg zu einem nachhaltigen und klimafreundlichen Umweltschutz muss jedoch im Einklang mit allen betroffenen Akteurinnen und Akteuren stehen. Für uns ist klar: Die Mobilitätswende und eine prosperierende Innenstadt sind keine Gegensätze.

Zugleich soll und muss sich der Umsteuerungsprozess nach und nach, unter Mitnahme der betroffenen Bürgerinnen und Bürger und nach der Einführung attraktiver verkehrlicher Alternativen, vollziehen.

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Die Fahrradwege entlang der Hauptverkehrsachsen wie der Kasseler Landstraße, Bürgerstraße oder Hannoverschen Straße werden saniert und an heutige Standards angepasst.
- Die Fußgängerzone I wird in den Zeiten von 23:00 Uhr bis 07:00 Uhr für den Fahrradverkehr in beide Richtungen geöffnet.
- An neuralgischen Punkten (z.B. den Eingängen zur Innenstadt) werden sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Lastenfahrräder eingerichtet, an denen E-Fahrräder aufgeladen werden können.
- Als Parkplatz für die Innenstadt, die Stadthalle und das Deutsche Theater bleibt der Albaniplatz erhalten. Der Bau einer Tiefgarage durch Einbezug eines privaten Investors wird dabei zugleich geprüft. Beim Bau einer Tiefgarage fallen die oberirdischen Parkplätze auf dem Albaniplatz weg.
- Der Bau eines Mobilitäts-Hubs, der auch Stellplätze für PKW bietet, entlang der Bürgerstraße wird weiter geprüft.
- Am Hainholzweg werden keine weiteren Stellplatzanlagen geschaffen.
- Für die engere Innenstadt wird eine Erhöhung der Autofreiheit verfolgt. Dazu wird das Pollersystem für die Fußgängerzone I umgesetzt.
- Darüber hinaus werden wir mit folgenden Straßen den Einstieg in die autofreie Innenstadt beginnen, um die Aufenthaltsqualität dort zu verbessern: Lange-Geismar-Straße (oberer Teil), Rote Str. (oberer Teil), Mauerstraße, Wendestraße, Kurze-Geismar-Straße (Mittelabschnitt) und Obere Karspüle (Abschnitt Friedrichstraße und Rote Straße). Erreicht werden soll dies durch die Reduktion der öffentlichen Parkstellflächen. Parkplätze der Anwohnenden Parkplätze für Menschen mit Behinderungen bleiben bestehen. Die übrigen Parkplätze sollen entfernt bzw. zu Fahrradstellflächen umgewidmet werden.
- Der Stadtring soll durch die Installation von Elektroshuttlebussen und die Einführung in Ringform mit kurzen Taktzeiten erschlossen werden.
- Das freie Parken für Fahrzeuge mit E-Kennzeichen wird verlängert.

Für einen Mobilitätswandel sollen die Alternativen zum motorisierten Individualverkehr (MIV) attraktiver gestaltet werden. Die Fraktionen halten deshalb am Radverkehrsentwicklungsplan fest und werden seine Realisierung – auch mit den nötigen Stadt-Umland-Anbindungen – weiter forcieren. Für den Bau einer Radroute West wird eine Trassenführung in Absprache mit dem Ortsrat Grone entwickelt.

Entscheidendes Instrument für den Mobilitätswandel ist ein attraktiver Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV). Die dringend notwendige Sanierung des Busbetriebshofes wird deshalb zügig auf den Weg gebracht.

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Mit der Sanierung des Busbetriebshofs am jetzigen Standort werden wir den Grundstein für einen starken und belastungsfähigen ÖPNV in Göttingen legen.
- Die Einrichtung einer bzw. zweier Schnellbuslinien und Park-and-Ride-Plätze am Rande der Stadt mit Innenstadtshuttle sollen geprüft und zügig erprobt werden.
- Durch eine effizientere Taktung soll mittelfristig der Busing in der Innenstadt entlastet werden. Hierfür soll durch die Verwaltung ein Entlastungskonzept erstellt werden.
- Der Stadtring wird durch die Installation von Elektroshuttlebussen in Ringform mit kurzen Taktzeiten erschlossen.
- Für ein intelligentes und bedarfsgerechtes ÖPNV-Angebot der Zukunft soll die Entwicklung von Smart-Mobility-Konzepten vorangetrieben werden. Die Stadt bewirbt sich dafür bei geeigneten Förderprogrammen.
- On-Demand-Angebote – und vorübergehend Liniensammeltaxen (regelmäßige Taktung oder auf Abruf) - sollen geprüft und zügig erprobt werden.
- Die fußläufige Erreichbarkeit von Bushaltestellen wird sichergestellt. Bushaltestellendächer sollen begrünt werden.
- Für die Elektromobilität wird das Schnellladesäulen-Netz (min. 150kW Leistung) noch im Jahr 2022 um 15 weitere Ladepunkte im Stadtgebiet ausgebaut.

Nachhaltiges Bauen und eine Stadtplanung für die Zukunft

In Göttingen muss gebaut werden. Dies soll jedoch zukünftig unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit und der Umweltfreundlichkeit geschehen. Wir wollen unsere künftigen Planungen auf ein sicheres Fundament stellen, um so bedarfsgerecht handeln zu können. Mit der Ermittlung eines CO₂-Budgets für die Stadt Göttingen wollen wir einen detaillierten Überblick schaffen, in welchen Bereichen wie hoch die CO₂-Emission tatsächlich ist.

Bei Neubau- und Sanierungsvorhaben werden existierende Umweltstandards eingehalten.

Die intelligente Nachverdichtung im Bestand und bei ineffizient genutzten Gewerbeflächen wird von uns als Instrument für die Gewinnung von Flächen für die Förderung der Wirtschaft eingesetzt.

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Ähnlich wie beim Wohnungsbau, werden wir zunächst und wo möglich eine intelligente Nachverdichtung von Gewerbeflächen anstreben.
- Die Flächen auf dem Dragoneranger werden nicht zu Gewerbeflächen entwickelt.

Erhalt und Stärkung der Kultur

Der Erhalt unserer vielfältigen Kulturlandschaft, ist wichtiger denn je, denn Kunst und Kultur machen eine Kommune lebenswert. Göttingen hat viel zu bieten, wir wollen, dass das auch so bleibt. Dabei gilt es sowohl die großen Leuchttürme, wie auch die vielen kleinen Kulturschaffenden zu unterstützen.

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen werden nicht vorgenommen.
- Wir bekennen uns zu der jetzigen Spielstätte/ dem jetzigen Standort des Deutschen Theaters sowie des Städtischen Museums.
- Für die Sanierung des Deutschen Theaters werden belastbare Planungsvarianten eingefordert. Auf Grundlage dieser sollen Entwurfsplanungen beauftragt und Fördermittel zur Finanzierung akquiriert werden.
- Für das Städtische Museum wird zeitnah ein Sanierungskonzept fertiggestellt und Fördermittel beantragt.
- Zur Realisierung beider Vorhaben können diese Projekte auch an städtische Gesellschaften ausgelagert werden, um die Finanzierung zu erleichtern und die Planungsprozesse zu beschleunigen.
- Über das Zukunftsinvestitionsprogramm werden klare zeitliche Abläufe für die Projekte festgehalten.
- Für die Förderung des Forum Wissens planen wir im ersten Jahr einen Mitteleinsatz von 50.000 Euro und im Folgejahr weitere 50.000 Euro ein. Die Mittel sollen zweckgebunden für die Museumspädagogik eingesetzt werden. Vor der tatsächlichen Mittelaussage wird geprüft, inwiefern eine Befristung sinnvoll ist und welche Mittel der Landkreis zur Verfügung stellen wird.
- Mögliche Bedarfe an Proberäumen und Ateliers sollen über den Bestand in öffentlichen Räumen gedeckt werden.

Sport, Freizeit und Erholung in Göttingen

Wir wollen, dass das attraktive und breite Angebot an Freizeit-, Sport- und Erholungsmöglichkeiten für alle Göttingerinnen und Göttinger einfach zugänglich bleibt. Dazu gehört vor allem der Erhalt der jetzigen Angebote der Stadt und eine Erweiterung der Sportstätten. Im Westen der Stadt werden die Fraktionen eine Sportflächenerweiterung anstreben, wenn dies finanziell darstellbar ist. Dazu sollen folgende Vorschläge geprüft werden.

Zwischen den Fraktionen wird vereinbart:

- Die Erweiterung der S-Arena soll geprüft werden.
- Für eine neue Halle mit eventuell gemeinsamer Nutzung von Sportvereinen im Westen der Stadt soll geprüft werden, ob eine Firmenförderung bzw. ein Sponsoring möglich ist. Sollte die S-Arena erweitert werden, ist der Basketballbetrieb auf Bundesliga-Niveau in der neuen Halle nicht weiter notwendig. Dies gilt es in die Planungen mit einzubeziehen.

Darüber hinaus wird zwischen den Fraktionen vereinbart:

- Als eine neue Form des Sports wird E-Sport und dessen Unterstützung in das Sportstättenentwicklungskonzept aufgenommen.
- Die Öffnung der städtischen Sportstätten für Vereine wird auch in den Ferienzeiten angestrebt

Vernetzung zwischen Stadt, Wissenschaft und Wirtschaft

Göttingen ist die Stadt, die Wissen schafft und deren Entwicklung eng mit der Universität und den weiteren Einrichtungen des Göttingen Campus verbunden ist. Wir wollen die Beziehung und die Vernetzung zwischen Stadt und Wissenschaft, wie zum Beispiel im SNIC, im Science Park und in der Life Science Factory, sichern und ausbauen, um so Potenziale besser nutzen zu können.

Der bereits vorhandene Arbeitskreis Stadt und Wissenschaft soll eigenständig Projekte anstoßen. Der Arbeitskreis soll neben Vernetzung und Austausch auch gezielt dazu dienen, die Expertise der wissenschaftlichen Einrichtungen für städtische Vorhaben heranzuziehen und umgekehrt Möglichkeiten der Stadt für Forschung, Lehre und Wissenschaftsvermittlung anzubieten.

Die Schaffung von Synergien soll Innovationen, Ausgründungen und die Schärfung des städtischen Profils fördern.

Als junge Stadt wollen wir uns auch weiterhin für junge Gründerinnen und Gründer einsetzen und diese durch die GWG und im Rahmen des Projektes "Mobile" der BFGö unterstützen.

Göttingen als eigenständiges und starkes Oberzentrum

Göttingen ist ein starkes und eigenständiges Oberzentrum, welches über die Grenzen Südniedersachsens hinausstrahlt. Wir wollen diesen Status auch in Zukunft erhalten und weiter stärken, indem Aufgaben, Finanzbeziehungen und Zuständigkeiten von und zwischen Stadt und Landkreis Göttingen geprüft und neu ausgerichtet werden. Dabei ist der Status der Kreisfreiheit als Möglichkeit für das Erreichen des Zieles mit zu prüfen.

Der folgende Abschnitt wird nur im internen Papier veröffentlicht.

Personalentwicklung (für das interne Papier)

Um die Ziele dieser Bündnisvereinbarung zu erreichen, müssen neben der Einstellung genügender Mittel folgende Personalstellen im nächsten Haushalt eingerichtet werden:

- 2 Personalstellen in der Bauverwaltung
- 2 Personalstellen im Stadtordnungsdienst
- 2 zusätzliche Personalstellen für Digitalisierung und Smart-City
- 1 Personalstelle bei der Feuerwehr
- 1 Personalstelle zur Förderung der Kunst und Kreativwirtschaft
- Mittelfristig: 1 Personalstelle für eine Antidiskriminierungsstelle